



Haushaltsrede 2022

Rede von Landeshauptmann Arno Kompatscher

Bozen,
Südtiroler Landtag,
am 7. Dezember 2021

SCHLÜSSELSTELLEN DER REDE

Jetzt wird Südtirol schnell wieder zurückfinden müssen auf den Weg in Richtung Zukunft, der zweifellos große Veränderungen mit sich bringen wird.	1
Leider ist es nicht gelungen, alle Menschen auf dem kürzesten Weg aus der Krise mitzunehmen.	2
Große Veränderungen lassen sich naturgemäß aber nur schwer anstoßen, wenn zwar alle darüber einig sind, dass sich etwas ändern muss, aber eben beim Nächsten anzufangen sei.	3
Verzicht muss in einer Überfluggesellschaft wie der unseren nicht unbedingt ein Einschnitt oder ein großer Verlust sein.	3
Wegen der Klimakrise wird auch der Geburtsort vieler Menschen zum falschen Ort werden.	4
Südtirol ist nur ein kleiner Punkt auf der globalen Weltkarte. Dennoch haben wir die Chance, ein sichtbares Zeichen der positiven Veränderung zu setzen.	5
Der gegenseitige Respekt und das Vertrauen in die Institutionen müssen gestärkt werden.	5
Es geht um den Schutz der Rechte einer Minderheit: Es geht um den Schutz der Rechte der jungen Menschen.	6
Unsere Autonomie, mit ihren Vorschriften zu Proporz und Mehrsprachigkeit, verursacht natürlich auch Kosten, aber letztlich werden Konflikte vermieden, die weit schwerer wiegen würden.	8
Mit der Modernisierung unserer Gesellschaft steigen die Mindestansprüche stetig und damit auch die öffentlichen Ausgaben.	10
Unsere „Spending Review“, sprich Ausgabenüberprüfung, ist ein laufender Prozess, für den wir neue informationstechnische Möglichkeiten geschaffen haben, um die Aufgabe effizienter und strukturierter zu gestalten.	11

Die erzielte Einigung für das jüngste Finanzabkommen ist aus unserer Sicht auch deshalb positiv zu bewerten, da es gelungen ist, die Garantien des Sicherungspaktes aus dem Jahr 2014 aufrecht zu erhalten.	12
Das Finanzabkommen 2021 hat uns die Möglichkeit in die Hand gegeben, auf die angedachte Anhebung des regionalen Zuschlags auf die Einkommensteuer IRPEF zu verzichten.	13
Bei einigen Themen hat die Pandemie auch klar als Katalysator und Entwicklungsbeschleuniger gewirkt.	14
In diesem Sinne muss die Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft gestärkt werden, um jenes Maß an Authentizität zu erreichen, das traditionell in Werbebotschaften vermittelt wird.	15
Der Bevölkerungsschutz wird mittel- und langfristig mit großer Wahrscheinlichkeit mehr Mittel erfordern, als dies aktuell der Fall ist.	15
Wir werden immer öfter gezwungen sein, staatliche und europäische Mittel in Anspruch zu nehmen. Hier haben wir Verbesserungspotential und es zeigt sich immer wieder, dass wir in Südtirol von anderen Regionen lernen können.	16
Mit dieser Haltung wird Südtirol bald mitten auf dem Weg in die Zukunft sein, die einschneidende Veränderungen mit sich bringt.	17

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT)

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,
Hohes Haus!

„Wir stehen unmittelbar davor, die Covid-19-Pandemie zu überwinden“. Diese Aussage aus dem Spätsommer klingt aktuell leider sehr optimistisch. Dabei hätten wir alle Voraussetzungen, um dieses Ziel zu erreichen. Bedauerlicherweise hat ein zu großer Teil unserer Gemeinschaft die vorhandenen und erprobten Möglichkeiten zur Eindämmung von Corona unzureichend genutzt. Jetzt wird Südtirol schnell wieder zurückfinden müssen auf den Weg in Richtung Zukunft, der zweifellos große Veränderungen mit sich bringen wird. Ob diese Veränderungen im Sinne der Nachhaltigkeit durch politische Gestaltung oder durch Katastrophen, Völkerwanderungen, soziale Verwerfungen, Unruhen oder gar Kriege erfolgen werden, wissen wir heute noch nicht. Wir haben es aber ein Stück weit selbst in der Hand.

Jetzt wird Südtirol schnell wieder zurückfinden müssen
auf den Weg in Richtung Zukunft, der zweifellos große
Veränderungen mit sich bringen wird.

Den bisherigen Weg aus der Pandemie hätten wir mit einem „mehr“ an gemeinsamem Willen, Solidarität sowie Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse und technologische Fortschritte schneller schaffen können. Leider ist es nicht gelungen, alle Menschen auf dem kürzesten Weg aus der Krise mitzunehmen. Die Mehrheit ist diesen Weg bereitwillig mitgegangen und hat mit Optimismus, Vertrauen und Mut die richtigen Schritte gesetzt. Über zwei Drittel der Bevölkerung in Südtirol sind geimpft. Das Risiko einer neuerlichen Überlastung des Gesundheitssystems durch Covid-19 hat sich dadurch reduziert. Ob dies jedoch auch angesichts der neuen Varianten ausreicht, werden wir in den kommenden Wochen und Monaten sehen.

Nicht alle haben das nötige Vertrauen aufgebracht, um den eingeschlagenen Weg mit zu beschreiten. Einige haben gezögert, kommen aber langsam nach, und leider gibt es auch jene eigensinnige Minderheit, die am Rand stehen geblieben ist, oft eingepackt in undurchsichtige Informationsblasen, lautstark protestierend entgegen jeder Realität, entgegen allen noch so offensichtlichen Fakten. Wer zu lange am Wegesrand stehen

bleibt, riskiert ernsthaft, abgehängt zu werden. Die Abkoppelung von Teilen der Gesellschaft gilt es in einer solidarischen Gemeinschaft unbedingt zu vermeiden. Deshalb werden wir weiterhin versuchen, auch diese Bürgerinnen und Bürger zu erreichen und zum Mitmachen zu bewegen. Das wird keine einfache Aufgabe sein, aber eine, der wir uns stellen *müssen*.

Leider ist es nicht gelungen, alle Menschen auf dem kürzesten Weg aus der Krise mitzunehmen.

Keine Frage, Widerspruch und Protest gehören zu einer demokratischen Gesellschaft dazu, und Südtirol hält das auch aus, selbst wenn da und dort Risse entstehen, die sich durch die Gesellschaft und Familien ziehen oder Freundschaften ins Wanken bringen. Was allerdings sehr nachdenklich stimmt ist die Tatsache, dass derart tiefgreifende Zweifel und Konflikte entstehen konnten, wie sie derzeit zu beobachten sind, obwohl die Zusammenhänge zwischen Ursache und Wirkung der Pandemie ja relativ leicht nachvollziehbar sind.

Es liegt auf der Hand, dass dies keine sonderlich guten Vorzeichen für die notwendige Änderung hin zu einer nachhaltigen Entwicklung sind, einer Entwicklung, die den Umbau unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft erfordert. 17 Ziele sind dafür im Blick zu halten und zu optimieren. Große Veränderungen lassen sich naturgemäß aber nur schwer anstoßen, wenn zwar alle darüber einig sind, dass sich etwas ändern muss, aber eben beim Nächsten anzufangen sei. Es gilt als gesichert, dass wir den Problemen, die auf uns zukommen, nicht mehr nur auf wirtschaftlicher Ebene entwachsen können. Mehr noch - gerade im allein auf positives Wachstum ausgerichteten Modell liegt eine der Wurzeln des zu lösenden Problems. Wir müssen unsere Ansprüche so verändern oder besser gesagt reduzieren, dass wir gut leben können, ohne den Raubbau an den vorhandenen Ressourcen voranzutreiben. Das ist das große Ziel. Bis dahin ist es ein weiter Weg und wir haben nur wenig Zeit.

Große Veränderungen lassen sich naturgemäß aber nur schwer anstoßen, wenn zwar alle darüber einig sind, dass sich etwas ändern muss, aber eben beim Nächsten anzufangen sei.

Wir müssen jetzt die richtigen Entscheidungen treffen, um langfristige Erträge für uns und die uns nachfolgenden Generationen zu erschließen und abzusichern. Qualität statt Quantität, geschlossene Kreisläufe, kompensierte CO₂-Rucksäcke und Verzicht sind Schlagworte der Veränderungen, die wir schaffen müssen. Verzicht muss in einer Überfluggesellschaft wie der unseren nicht unbedingt ein Einschnitt oder ein großer Verlust sein. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass weniger mehr sein kann. Als politisches Programm ist der Verzicht aber nicht mehrheitsfähig. Dennoch werden wir Wege finden müssen, um ihn zum selbstverständlichen Bestandteil unseres Lebens zu machen. Idealerweise ein Verzicht, der uns den Weg zu mehr Lebensglück eröffnen kann. Dass dies kein Widerspruch sein muss, leben uns immer wieder gerade auch junge, ambitionierte Menschen vor. Eine solche Ambition als allgemeines Lebensgefühl und neue Wertennorm durchzusetzen, wäre ein großer Schritt auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft. Das Prinzip „Höher, schneller, weiter“ ist definitiv passé.

Verzicht muss in einer Überfluggesellschaft wie der unseren nicht unbedingt ein Einschnitt oder ein großer Verlust sein.

Vor nunmehr sechs Jahren hat die Weltgemeinschaft in Paris die Wegweiser aufgestellt, die uns aus der Klimakrise führen sollen. 17 Nachhaltigkeitsziele bilden die Richtschnur für das politische, gesellschaftliche und persönliche Handeln der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Das damals vereinbarte 1,5-Grad-Ziel ist laut Einschätzung aus verschiedenen Fachkreisen schon nicht mehr haltbar, und das Risiko einer drastischen Zunahme existenzieller Bedrohungen steigt eindeutig. Die Darstellung der Entwicklung der globalen Durchschnittstemperatur von 1850 bis 2020 als Klimastreifen, zeigt die klare Tendenz (*wie in diesem Dokument in der Kopfzeile dargestellt*). In diesem Zeitraum hat die durchschnittliche globale Temperatur um rund 1,2 Grad Celsius zugenommen. Im Alpenraum war die Zunahme noch größer. In den vergangenen 80 Jahren ist die Durchschnittstemperatur in einigen Gebieten bereits um mehr als 1,5 Grad gestiegen. Bäume, die vor Hunderten von Jahren unter optimalen klimatischen Voraussetzungen an

ihrem Standort aus dem Samen gewachsen sind, stehen nun am falschen Ort. Wegen der Klimakrise wird auch der Geburtsort vieler Menschen zum falschen Ort werden. Auf der Suche nach besseren Lebensbedingungen werden sie sich zwangsweise in Bewegung setzen müssen. Die zu erwartenden Migrationsströme werden uns noch viel mehr abverlangen als bisher und weltweit zu Konflikten führen.

Wegen der Klimakrise wird auch der Geburtsort vieler Menschen zum falschen Ort werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Südtiroler Landesregierung in diesem Jahr eine Nachhaltigkeitsstrategie verabschiedet, ganz im Sinne des Regierungsprogrammes 2018-2023. Auch der bereits vorliegende Entwurf zur Überarbeitung des Klimaplanes ist Ausdruck dieses Anspruches. Unsere Fachleute haben einen pragmatischen und realitätsnahen Ansatz gewählt. Die Kritik, dass der Entwurf zur Überarbeitung des Klimaplanes noch nicht weitreichend genug sei, ist angekommen, und verschiedene Vorschläge, die bisher geäußert wurden, werden eingearbeitet. Allen sollte bewusst sein, dass es sich dabei nur um einen ersten Entwurf handelt, der nach und nach diskutiert und verbessert werden kann. In einem eingeübten Reflex einfach so zu tun, als habe die Landesregierung bereits entschieden und niemand sei gefragt worden, ist weder richtig noch hilfreich. Wir müssen das Freund-Feind-Denken überwinden. Jetzt ist der Moment für eine sachliche Auseinandersetzung.

Südtirol ist nur ein kleiner Punkt auf der globalen Weltkarte. Dennoch haben wir die Chance, ein sichtbares Zeichen der positiven Veränderung zu setzen. Im kommenden Jahr planen wir deshalb eine internationale Veranstaltung zum Thema Nachhaltigkeit. Wir möchten damit Aufmerksamkeit für das Thema Nachhaltigkeit in Südtirol und für Südtirol schaffen. Angesichts der weltweiten Klima- und Umweltkrise gehört das Wecken von Aufmerksamkeit und Verständnis für Probleme und mögliche Lösungen zu jenen Aufgaben, zu denen wir einen konkreten Beitrag leisten können, der über unser Land hinausgeht. Die Ergebnisse zum Schutz der Wälder und die Bekräftigung der weltweiten Klimaziele bei der COP26 in Glasgow sind Schritte in die richtige Richtung, aber gerade die Diskussionen im Vorfeld rund um die internationale Klimakonferenz haben uns auch vor Augen geführt, wie unterschiedlich die Interessen und die Sicht auf die Klimakrise

noch immer sind. So gab es beispielsweise eindeutige Versuche, die Notwendigkeit der raschen Abkehr von fossilen Energieträgern in Frage zu stellen.

Südtirol ist nur ein kleiner Punkt auf der globalen Weltkarte. Dennoch haben wir die Chance, ein sichtbares Zeichen der positiven Veränderung zu setzen.

Mit teilweise gezielter Desinformation werden bei vielen drängenden Problemen die nötigen Einigungsprozesse auf verschiedensten Ebenen behindert. Das hat sich auch in der Pandemie gezeigt. Der Informationsüberfluss und das ständig wachsende Angebot an alternativen Fakten führen zur Verdrängung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und gesicherten institutionellen Informationen. In der Klimakrise wiegen die Folgen dieser Unübersichtlichkeit der Information ungleich schwerer. In dieser Situation die richtigen Botschaften sowie Kommunikationsmethoden und -kanäle zu finden, wird eine große Herausforderung und verlangt nach immer größeren Ressourcen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon mehrfach gesagt habe: Der gegenseitige Respekt und das Vertrauen in die Institutionen müssen gestärkt werden. Wir haben hier in diesem Hohen Haus dabei eine Vorbildfunktion, der wir leider nicht immer gerecht werden. Ohne ein hohes Maß an Vertrauen in die Institutionen sind schnelle und wirksame Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit nicht möglich – zumindest in demokratischen Systemen.

Der gegenseitige Respekt und das Vertrauen in die Institutionen müssen gestärkt werden.

Nur wenn viele Hände ineinandergreifen, wird uns die Zukunft nicht entgleiten. Selbstverständlich teilen wir nicht alle Vorstellungen und Ziele. Deshalb wird es noch oft den Mut zum Kompromiss brauchen, den unsere Vorgängerinnen und Vorgänger immer wieder gezeigt, vorgelebt und kultiviert haben. In Südtirol haben sich die Menschen über Jahrzehnte trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten in entscheidenden Momenten immer wieder die Hände gereicht, haben mit angepackt und sich auf diese Weise selbst geholfen. Wir stehen heute an der Schwelle zum 50. Jahrestag des zweiten Autonomiestatuts wieder vor großen Herausforderungen. Wir verfügen über Mittel, die sich unsere Vorgängerinnen und Vorgänger wohl kaum erträumt hätten, und dennoch sind diese Mittel heute knapp. Auch die Frage, ob wir derzeit in der Lage sind, uns die Hände in verlässlicher Weise zu reichen, ist noch nicht beantwortet. Klar ist nur, dass wir

es *müssen*, um die notwendigen Schritte für uns und unsere Kinder zu setzen. Es geht um scheinbar einfache Fragen wie jene, ob nach Geschäftsschluss dekorative Schaufensterbeleuchtungen auszuschalten sind oder nicht, und um offensichtlich komplexe Zusammenhänge, wie die soziale Absicherung, Chancengerechtigkeit und die richtige Form von Wirtschaftswachstum. Es geht um den Schutz der Rechte einer Minderheit: Es geht um den Schutz der Rechte der jungen Menschen.

International liegt viel Hoffnung auf der bindenden Kraft jener Vereinten Nationen, vor die Österreich im Jahr 1960 gezogen ist, um die Rechte der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit in Italien einzufordern und die Umsetzung von Paket und Operationskalender zu erreichen. Wir alle wissen, wie lang und steinig der Weg zu unserer heutigen Autonomie war und wie viele Opfer er auch jenen abverlangt hat, die diesen Weg geebnet haben. Gleichwohl war es ein spannender Weg, mit Blumen am Wegesrand, der uns gute Zukunftsaussichten eröffnet hat. Auch der Weg zur Nachhaltigkeit wird anstrengend werden, uns aber auch mit Freude und Stolz erfüllen, wenn wir vorankommen.

Es geht um den Schutz der Rechte einer Minderheit: Es geht um den Schutz der Rechte der jungen Menschen.

Freude und Stolz haben heuer ebenfalls die Feier zur Bestimmungsübergabe des Autonomieparcours am Silvius-Magnago-Platz geprägt. Gemeinsam mit dem ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission und italienischen Ministerpräsidenten Romano Prodi sowie dem ehemaligen österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer haben wir das Erreichte gefeiert und den Wert der Autonomie für die Zukunft unterstrichen. Der Autonomieparcours wird seitdem von vielen Menschen gut angenommen. Das unterstreicht den Wert der Entscheidung, die wir hier im Landtag gemeinsam getroffen haben. Unter anderem informiert eine der Informationsstelen darüber, dass dem Südtiroler Haushalt vor 50 Jahren umgerechnet rund 388 Millionen Euro zur Verfügung standen. Damals soll Silvius Magnago gesagt haben, dass der italienische Staat jedem Südtiroler, jeder Südtirolerin, einen Hubschrauber zur Verfügung zu stellen habe, sollte sich herausstellen, dass sie einen solchen zum Überleben in ihrem angestammten Kulturraum brauchen. 50 Jahre später haben wir (glücklicherweise) zwar nicht alle einen Hubschrauber, verwalten aber einen enorm gewachsenen Haushalt, der maßgeblich zur

notwendigen Umverteilung, zu sozialer Gerechtigkeit, zum allgemeinen Wohlstand sowie zum Erhalt der Kultur der deutsch- und ladinischsprachigen Volksgruppen als Minderheit im Staat beiträgt. Heute ist Südtirol wie ein gemeinsames Haus, in dem nicht die einen Hausherrn und die anderen Gäste sind, da die Autonomie das Zusammenleben klar regelt. Unsere Autonomie, mit ihren Vorschriften zu Proporz und Mehrsprachigkeit, verursacht natürlich auch Kosten, aber letztlich werden Konflikte vermieden, die weit schwerer wiegen würden. Der 31. Dezember 2021 ist vor diesem Hintergrund ein wichtiger Tag. Es ist der Stichtag für die Sprachgruppenzählung 2021, welche in der ersten Jahreshälfte 2022 in neuer Form abgewickelt wird. Dank einer neuen Durchführungsbestimmung zum Autonomiestatut kann die Zählung auch in digitaler Form erfolgen (mit SPID, CIE und Bürgerkarte). Die Ergebnisse bilden die Grundlage zur Berechnung des Bestands der drei Sprachgruppen (italienisch, deutsch, ladinisch). Somit ist die Sprachgruppenzählung nach wie vor eine tragende Säule unserer Schutzmechanismen und somit von besonderer Wichtigkeit.

Über 700 Leistungen werden derzeit mit dem Landeshaushalt von rund 6,53 Milliarden Euro bestritten. Die Frage, ob alle diese Leistungen noch zeitgemäß, notwendig und sinnvoll sind, gilt es, laufend und ehrlich zu beantworten. Politische Schlagworte wie „Zero-Based Budgeting“ oder „Spending Review“ sind Ausdruck dieser Notwendigkeit, haben aber auch zu Erwartungen geführt, die schwer zu erfüllen sind. Im Landeshaushalt gibt es kaum mehr Positionen, die ohne großes Wehklagen gestrichen werden können. Das aktuelle Leistungsspektrum der Landesverwaltung ist Ausdruck gesellschaftlicher Notwendigkeiten und Erwartungen, denen wir durch entsprechende politische Abwägungen und Verhandlungen so gut wie möglich entgegenkommen müssen. So unterschiedlich die Interessen auch sein mögen, so unterschiedlich ist auch die Sicht auf den Landeshaushalt. Dies zeigt auch die zum Teil widersprüchliche Kritik am aktuellen Entwurf für den Landeshaushalt. Da steht auf der einen Seite die Aussage im Raum, es würde bei den Schwachen gespart, während auf der anderen Seite beklagt wird, die laufenden Ausgaben seien zu hoch.

Unsere Autonomie, mit ihren Vorschriften zu Proporz und Mehrsprachigkeit, verursacht natürlich auch Kosten, aber letztlich werden Konflikte vermieden, die weit schwerer wiegen würden.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass in den letzten Jahren die Ausgaben für den Bereich Soziales mit am stärksten gewachsen sind. Es handelt sich zum größten Teil um so genannte laufende Kosten, aber eben auch um eine Investition in das Fundament der Gesellschaft und in den sozialen Ausgleich. Im Jahr 2016 betrug der Anfangshaushalt im Sozialbereich rund 448 Millionen Euro und im Jahr 2019 rund 499 Millionen Euro. Der kommende Haushalt startet bei rund 523 Millionen Euro und es wurde bereits vereinbart, einen großen Teil der zu erwartenden Mittel aus dem Nachtragshaushalt in diesem Bereich zu binden. Dennoch sind die Mittel knapp. Im Vergleich zum Haushaltsvolumen 2021 ist der zu erwartende Betrag niedriger. Dabei sollte aber nicht vergessen werden, dass 2021 die außerordentlichen Covid-Maßnahmen zu Buche geschlagen haben und mehr Menschen wegen fehlender Einkommensmöglichkeiten anspruchsberechtigt waren. Im kommenden Jahr dürfte sich diese Situation wieder besser darstellen. Insgesamt werden im Ressort auch weniger Haushaltsmittel für den Wohnbau nötig sein, zumal das Bauprogramm des Instituts für sozialen Wohnbau über ein Darlehen in Höhe von rund 125 Millionen Euro bis zum Jahr 2025 finanziert wird und somit vom Landeshaushalt entkoppelt ist.

Wie im Sozialbereich ist auch im Familienbereich die Nachfrage steigend, beispielsweise bei der Kleinkindbetreuung oder der Sommer- und Nachmittagsbetreuung. In den vergangenen Jahren konnte das Angebot quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Wir streben in diesem Bereich weitere Verbesserungen an, vor allem, um die Familien nach Möglichkeit noch gezielter zu unterstützen. Die Anforderungen im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf werden dennoch hoch bleiben. Familie bleibt ein Abenteuer und eine ziemlich anstrengende Herausforderung. Die öffentliche Hand kann Familien zwar unter die Arme greifen, im Leben stehen müssen sie aber selbst. Dies betrifft den Bereich der Kindererziehung und -betreuung ebenso wie die Betreuung und Begleitung pflegebedürftiger Familienangehöriger.

Durch den neuen Landessozialplan und den Familienförderplan soll ein langfristiger Entwicklungsrahmen gegeben werden. Während der Familienförderplan bereits

genehmigt wurde, ist die Genehmigung des neuen Sozialplans für Mitte 2022 geplant. Mit dem Landesgesetz zum Aktiven Altern sollen zudem die Maßnahmen im Bereich der Seniorenarbeit im Sinne eines stärkeren präventiven Ansatzes weiter ausgebaut werden. Alle diese Themen sind mit erheblichen Finanzierungsnotwendigkeiten verbunden. Deshalb wird mit viel Fingerspitzengefühl zu entscheiden sein, wie hoch das Leistungsniveau dauerhaft sein kann oder sein muss.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Kosten für unsere Kernleistungen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Mobilität, Soziales und Familie weiterhin steigen. Bezogen auf den Anfangshaushalt standen für den Gesundheitsbereich im Jahr 2016 rund 1.177 Millionen Euro in der Bilanz, für den Bereich Bildung waren es 825 Millionen Euro. Für das Jahr 2022 sind aktuell rund 1.454 und 970 Millionen Euro vorgesehen, also etwa ein Fünftel mehr. Angesichts der demographischen Entwicklung ist das zwar keine große Überraschung, aber eben eine sehr herausfordernde Tatsache. Die Gesundheitsversorgung und Pflege einer jährlich älter werdenden Gesellschaft kosten Jahr um Jahr mehr. Auch die Aufwertung der Pflegeberufe ist ein großes Thema. Aktuell stehen rund 30 Millionen Euro für den neuen Kollektivvertrag des Pflegepersonals im Gesundheitsdienst zur Verfügung. Analog dazu werden mit der ersten Haushaltsänderung auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den zuständigen Körperschaften die Möglichkeit der entsprechenden Anpassung des Kollektivvertrages für die Pflegekräfte in den Alters- und Pflegeheimen garantieren zu können. Die medizinische Versorgung wird zunehmend individueller und komplexer. Die Kosten für Medikamente und für technische Geräte steigen steil an. Der Fortschritt in der Medizin lässt die Kosten deshalb weit schneller steigen als dies Steuereinnahmen abfedern könnten. Bei den 1.454 Millionen Euro, die für das Gesundheitswesen momentan zur Verfügung stehen, ist mit einer durchschnittlichen Kostensteigerung von rund zwei Prozent pro Jahr zu rechnen. Daran gibt es leider wenig zu rütteln. Auch die bisherigen Erfahrungen zeigen das. Dadurch ergeben sich voraussichtliche Mehrkosten von rund 30 Millionen Euro im Jahr, und da ist die Diskussion zur zusätzlichen Stärkung der territorialen Dienste noch nicht einmal berücksichtigt.

Ähnliche Dynamiken sind auch in anderen Bereichen zu beobachten, wenngleich in absoluten Zahlen in geringerem Ausmaß. Im Bereich der Bildung haben wir beispielsweise zwar weniger Schülerinnen und Schüler als noch vor Jahren, aber es gibt ein breiteres

Bildungsangebot, das auch in der gesamten Breite in Anspruch genommen wird. Das bedeutet mehr Schulstunden, mehr persönliche Betreuung und mehr individuellen Zuschnitt der Leistungen. Eine gute Ausbildung unserer Kinder ist zweifelsohne ein wichtiges Fundament für die Zukunft, bedeutet aber zusätzliche Kosten für Personal, Lehrmittel sowie organisatorischen Aufwand für Mobilität und Betreuung rund um den Schulalltag.

Mit der Modernisierung unserer Gesellschaft steigen die Mindestansprüche stetig und damit auch die öffentlichen Ausgaben. Wir sind es gewohnt, dass die öffentliche Hand verlässlich liefert: Dienste, Infrastrukturen, Beiträge...

Mit der Modernisierung unserer Gesellschaft steigen die Mindestansprüche stetig und damit auch die öffentlichen Ausgaben.

Doch hier beißt sich die Katze in den Schwanz, wenn gleichzeitig die öffentlich bekundete Sorge wächst, dass die laufenden Kosten den Einnahmen davongaloppieren und die Investitionsmöglichkeiten so stark schrumpfen, dass dies die zukunftsfähige Ausrichtung Südtirols hemmt. So nachvollziehbar diese Bedenken, die vor allem von Wirtschaftskreisen geäußert werden, auch sein mögen, so diskutabel ist auch die Unterscheidung zwischen Investitionen und laufenden Kosten in Gut und Böse. Auch die immer wieder bemühte Behauptung, die Verwaltung sei träge und die Privatwirtschaft dynamisch, sollte etwas differenzierter betrachtet werden. Ohne funktionierende öffentliche Dienste wären längst nicht alle Unternehmen konkurrenzfähig. Viele externe Kosten der Privatwirtschaft werden darüber hinaus oft erst durch die öffentliche Hand internalisiert und erst damit entsteht die Basis für wirtschaftliche Dynamik. Auch gilt es zu bedenken, dass nahezu jede klassische Investition weitere laufende Kosten bedingt und zahlreiche Tätigkeiten und Dienste, die laufende Kosten erzeugen, Investitionen in die Zukunft sind. Ein beliebtes und immer wieder genanntes Beispiel sind die Gehälter von Lehrkräften als Investition in die Zukunft unserer Kinder.

Wir investieren also nicht nur in Infrastrukturen und Bauprojekte. Der Fokus muss verschoben werden, weg von der Infrastrukturpolitik, hin zu einer Politik der aktiven Gestaltung der Zukunft, die noch mehr als bisher den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Diese Einsicht stammt nicht von mir, sondern wurde schon von meinem Amtsvorgänger

in seiner Regierungserklärung im Dezember 2008 artikuliert und mit dem geflügelten Satz „von der Hardware zur Software“ auf den Punkt gebracht. Diesen Schritt haben wir mittlerweile in vielen Bereichen gesetzt, indem wir verstärkt in Dienste, Ideen und Köpfe investieren als in Mauern. Die Kritik scheint dennoch vielfach dieselbe geblieben zu sein wie damals. In einigen Bereichen sind die Einwände vielleicht immer noch berechtigt, und deshalb werden wir weiterhin jede Ausgabe wieder und wieder auf den Prüfstand stellen. Unsere „Spending Review“, sprich Ausgabenüberprüfung, ist ein laufender Prozess, für den wir neue informationstechnische Möglichkeiten geschaffen haben, um die Aufgabe effizienter und strukturierter zu gestalten. Wie bei vielen anderen politischen Entscheidungen wird aber auch die „Spending Review“ ein ständiges Ringen und Feilschen um die richtigen Entscheidungen bleiben, denn, wie bereits gesagt, sind Einsparungen und Verzicht in der Regel keine politischen Ziele, die Freude machen. Dennoch werden wir Wege finden müssen, um auch für diese Botschaft Akzeptanz und Verständnis zu schaffen. In diesem Sinne werden auch die Sozialpartner aktiv an diesem laufenden Diskussionsprozess teilnehmen.

Unsere „Spending Review“, sprich Ausgabenüberprüfung, ist ein laufender Prozess, für den wir neue informationstechnische Möglichkeiten geschaffen haben, um die Aufgabe effizienter und strukturierter zu gestalten.

Letztlich sollten wir eines nicht aus den Augen verlieren: Die Haushaltsmittel mögen zwar knapp sein, aber der Haushalt ist immer noch sehr gut ausgestattet und garantiert sehr viele Gestaltungsmöglichkeiten. 6,533 Milliarden Euro sind eine eindrucksvolle Summe und das Ergebnis vieler harter Verhandlungen meiner Vorgänger, meiner Mitstreiterinnen und Mitstreiter sowie auch meiner persönlichen Verhandlungen als Landeshauptmann. Beim jüngsten Finanzabkommen war es wieder einmal schwierig, eine Einigung zu finden. Mehrfach stand ein Verhandlungsabbruch im Raum. Letztlich ist es aber gelungen, einen guten Schritt zur langfristigen Konsolidierung des Südtiroler Landeshaushaltes zu setzen. Einen Teil der Schulden, über die wir vor dem Verfassungsgerichtshof mit der römischen Regierung im Streit waren, begleicht der Staat sofort. Zudem stehen Südtirol langfristig mehr Mittel zur Verfügung, durch Mehreinnahmen auf der einen sowie durch geringere staatliche Abgaben auf der anderen Seite. Zu den im Streit stehenden Einnahmen aus

dem Glücksspiel konnte eine Einigung erzielt werden. Für den Zeitraum von 2013 bis 2021 zahlt uns der Staat 100 Millionen Euro. Die künftigen jährlichen Zusatzeinnahmen machen rund 14 Millionen Euro aus und stehen dauerhaft zur Verfügung. Darüber hinaus müssen Südtirol und das Trentino künftig nicht mehr gemeinsam jährlich 890 Millionen für die Sanierung der Staatsfinanzen übernehmen, sondern nur mehr 698 Millionen Euro. Die Region übernimmt weiterhin 15 Millionen Euro. Dadurch zahlt Südtirol dauerhaft rund 103 Millionen Euro weniger für die Sanierung der Staatsfinanzen. Auch die Mittel, welche die Regierung Monti zur Sanierung der Staatsschulden einbehalten hatte und welche über den mit der Regierung Renzi vereinbarten Betrag im Sicherungspakt hinausgehen, werden für die kommenden 30 Jahre in Raten zu je 20 Millionen Euro rückerstattet, nachdem mit dem neuen Finanzabkommen der Interpretationsspielraum eingeschränkt wurde. Für die Jahre 2019 bis 2021 wurden bereits 60 Millionen überwiesen. Insgesamt geht es bei dem aktuellen Finanzabkommen somit um einen Betrag von rund 600 Millionen Euro in 30 Jahren, zuzüglich 100 Millionen Euro als einmalige Nachzahlung sowie jährlich Mehreinnahmen von rund 14 Millionen Euro und Minderausgaben von rund 103 Millionen Euro ohne zeitliche Begrenzung. Kurz gesagt können für das kommende Jahr 2022 rund 237 Millionen Euro mehr veranschlagt werden. Für die Folgejahre sind es jährlich 137 Millionen Euro mehr. Die erzielte Einigung für das jüngste Finanzabkommen ist aus unserer Sicht auch deshalb positiv zu bewerten, da es gelungen ist, die Garantien des Sicherungspaktes aus dem Jahr 2014 aufrecht zu erhalten. Somit ist sichergestellt, dass das dynamische Modell – das Unvorhersehbare wie Katastrophenfälle berücksichtigt – aufrecht bleibt, ebenso wie das verfassungsrechtlich bestätigte Prinzip der Vollständigkeit der Zahlungen. Die Frage zu den uns noch zustehenden Mitteln auf die Akzisen auf Treibstoff wird im aktuellen Abkommen nicht beantwortet. Dazu sind weitere Verhandlungen mit dem Staat notwendig.

Die erzielte Einigung für das jüngste Finanzabkommen ist aus unserer Sicht auch deshalb positiv zu bewerten, da es gelungen ist, die Garantien des Sicherungspaktes aus dem Jahr 2014 aufrecht zu erhalten.

Die Mehreinnahmen aus dem Finanzabkommen 2021 haben uns die Möglichkeit in die Hand gegeben, auf die angedachte Anhebung des regionalen Zuschlags auf die Einkommensteuer IRPEF zu verzichten und dadurch die Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer, die ohnehin unter den steigenden Lebenshaltungskosten leiden, nicht zusätzlich zu belasten. Dadurch bleibt diese Steuerlast in Südtirol weiterhin die niedrigste in Italien. Bei der regionalen Wertschöpfungssteuer IRAP wird es dagegen zu einer Rückkehr zum Normalsteuersatz von 3,90 Prozent kommen. Dadurch ergeben sich für den Landeshaushalt Mehreinnahmen von rund 66 Millionen Euro. Doch das ist nicht der einzige Punkt, auf den es bei dieser Angleichung ankommt. Einerseits ist die Privatwirtschaft wieder im Aufschwung begriffen, auch dank der umfangreichen Hilfgelder, die auf verschiedenen institutionellen Ebenen ausgeschüttet wurden. Andererseits plant der Staat eine tiefgreifende Reform des Steuersystems. Dabei steht nicht nur eine Überarbeitung der IRAP im Raum, durch welche die Besteuerung der Passivzinsen weiter reduziert werden soll, sondern es wird auch über die vollständige Abschaffung nachgedacht. Vor diesem Hintergrund dürfte es nachvollziehbar sein, dass wir die Berechnungsgrundlage an das Normalsystem anpassen, um eine bessere Ausgangslage für den etwaigen Ausgleich von Einnahmen für das Land Südtirol durch den Staat zu schaffen. Die steuernde Wirkung der IRAP ist sicher diskutabel und die geplante Überarbeitung ist zu begrüßen. In Südtirol steht zudem die Verbesserung der Lenkungswirkung für die Gemeindenimmobiliensteuer GIS auf der Tagesordnung. Die geplante Erhöhung der Besteuerung des Leerstandes ist zwar nicht unmittelbar haushaltrelevant, zumal keine großen Mehreinnahmen zu erwarten sind, soll aber mehr Wohnraum auf dem Mietmarkt bringen, den sich die Menschen leisten können.

Das Finanzabkommen 2021 hat uns die Möglichkeit in die Hand gegeben, auf die angedachte Anhebung des regionalen Zuschlags auf die Einkommensteuer IRPEF zu verzichten.

Die Wirtschaft hat sich insgesamt gut erholt, und das weitgehend aus eigener Kraft. Die Covid-Hilfen des Landes haben Liquidität garantiert und Umsatzeinbrüche abgefedert. Einige nachweislich stark betroffene Unternehmen werden möglicherweise weitere Hilfe brauchen. Andere werden diese Krise nicht überstehen. Dennoch ist die wirtschaftliche Situation insgesamt betrachtet weit besser, als wir es uns noch vor einem Jahr erwartet hatten. So bestätigte das jüngste WIFO-Wirtschaftsbarometer, das im Herbst veröffentlicht wurde, eine deutliche Verbesserung des Geschäfts- und Konsumklimas in Südtirol sowie eine von Zuversicht geprägte Grundstimmung.

Die Kleinstrukturiertheit sowie die Diversifizierung haben auch in dieser Krise zur Resilienz der Südtiroler Wirtschaft beigetragen. Bei einigen Themen hat die Pandemie auch klar als Katalysator und Entwicklungsbeschleuniger gewirkt. Die Arbeitsformen haben sich viel schneller verändert, als dies ohne die Auswirkungen der Corona-Krise möglich gewesen wäre. Auch der Impuls für die Digitalisierung war außerordentlich und hat unseren Alltag verändert. Positive und negative Trends im Konsumverhalten haben sich verstärkt, und der Fachkräftemangel ist nach wie vor groß. Um dem Fach- und Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, müssen künftig viele Akteurinnen und Akteure zusammenwirken und eine aktive Arbeitsmarktpolitik unterstützen, die Arbeitslose bzw. Arbeitssuchende nicht nur verwaltet, sondern gezielt in die Arbeitswelt eingliedert. Auch einige Konsumtrends sowie der allgemeine Wunsch nach mehr Nachhaltigkeit bieten Chancen für regionale Kreisläufe und langlebige Qualitätsprodukte. Andere Entwicklungen sind weniger erfreulich. Es wird eine klare Haltung brauchen, um die Nahversorgung und traditionelle Einzelhandelsstrukturen langfristig zu sichern. Die Herausforderungen sind vielfältig und teilweise widersprüchlich. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Förderinstrumente in sämtlichen Wirtschaftsbereichen laufend im Sinne der Nachhaltigkeitsziele zu verstärken und neue Chancen, wie sie zum Beispiel die Kreislaufwirtschaft bietet, zu ergreifen. In respektvollem sozialpartnerschaftlichem Dialog wird dies möglich sein, selbst dann, wenn Abstriche für Wirtschaft, Tourismus oder Landwirtschaft damit verbunden sind.

Bei einigen Themen hat die Pandemie auch klar als Katalysator und Entwicklungsbeschleuniger gewirkt.

Insbesondere der Tourismus und die Landwirtschaft prägen die allgemeine Wahrnehmung Südtirols maßgeblich. Es sind Erfolgsgeschichten, die zur positiven wirtschaftlichen Entwicklung und zum besonderen Image unseres Landes beigetragen haben. Mittlerweile wurden aber auch Grenzen erreicht, die uns klare Entscheidungen abverlangen werden. In diesem Sinne muss die Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft gestärkt werden, um jenes Maß an Authentizität zu erreichen, das traditionell in Werbebotschaften vermittelt wird. Das „Landestourismusentwicklungskonzept 2030“ sowie die Zukunftsstrategie „LandWIRtschaft 2030“ sollen die entsprechenden Entwicklungspfade vorgeben, als Teil der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. In den kommenden Monaten und Jahren sind

eine Reihe von grundsätzlichen Diskussionen zu führen, um dem quantitativen Wachstum auch wirklich ein Ende zu setzen.

In diesem Sinne muss die Zusammenarbeit zwischen Tourismus und Landwirtschaft gestärkt werden, um jenes Maß an Authentizität zu erreichen, das traditionell in Werbebotschaften vermittelt wird.

Die richtigen Schlüsse sind auch im Bereich des Zivilschutzes zu ziehen, die entsprechenden Vorbereitungen müssen getroffen werden. Die Auswirkungen des Klimawandels sind in Südtirol bereits spürbar und stellen uns vor wachsende Herausforderungen. Deshalb wird die Warnung vor möglichen Gefahren immer wichtiger, denn letztlich betrifft der Zivilschutz uns alle. Durch Bewusstseinsbildung sollen in der Bevölkerung das Risikobewusstsein und die Risikowahrnehmung verbessert werden. Der Bevölkerungsschutz wird mittel- und langfristig mit großer Wahrscheinlichkeit mehr Mittel erfordern, als dies aktuell der Fall ist. Und dafür müssen wir künftig mehr finanziellen Handlungsspielraum schaffen.

Der Bevölkerungsschutz wird mittel- und langfristig mit großer Wahrscheinlichkeit mehr Mittel erfordern, als dies aktuell der Fall ist.

Ein größerer Bedarf an öffentlichen finanziellen Mitteln hat sich über die Jahre auch im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs sowie in der Mobilität allgemein ergeben. Einerseits verursacht der Ausbau des öffentlichen Mobilitätsangebotes Mehrkosten, die im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gerne in Kauf genommen werden. Andererseits ist die Erhaltung der bestehenden Infrastruktur mit erheblichen Kosten verbunden. Darüber hinaus stellt uns die notwendige Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur vor Aufgaben, die allein über den Landeshaushalt nicht mehr zu bewältigen sein werden. Dies gilt auch für andere Bereiche. Wir werden immer öfter gezwungen sein, staatliche und europäische Mittel in Anspruch zu nehmen. Hier haben wir Verbesserungspotential und es zeigt sich immer wieder, dass wir in Südtirol von anderen Regionen lernen können.

Eine besondere Chance stellt aktuell der „Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza“ (PNRR) dar, der im Sinne des Europäischen Aufbauplans „Next Generation EU“ den Wiederaufschwung und nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft vorantreiben soll. Das

Ziel besteht darin, einen entscheidenden Schritt zu machen in Richtung einer grünen, digitalen und resilienten Europäischen Union. Wir haben uns bereits früh in Stellung gebracht und arbeiten in der Landesverwaltung aktiv daran, Südtiroler Projekte unterzubringen, um Mittel für unser Land zu gewinnen. Leider zeigen die bisherigen Erfahrungen, dass dieses Instrument in Italien sehr zentralistisch gehandhabt wird. Das bringt uns zum Teil in eine schwierige Situation. Die staatlichen Stellen halten entgegen den wiederholt geäußerten Forderungen und Empfehlungen der Regionen an rigiden und zentral gesteuerten Verfahren fest. Letztlich riskieren wir, dass von der ambitioniert gestarteten Jahrhundertinvestition bei den Menschen vor Ort wenig ankommt. Um dieses Risiko so weit wie möglich zu reduzieren, werden wir weiterhin auf die staatlichen Stellen aller Ebenen einwirken und dabei nicht nachgeben.

Wir werden immer öfter gezwungen sein, staatliche und europäische Mittel in Anspruch zu nehmen. Hier haben wir Verbesserungspotential und es zeigt sich immer wieder, dass wir in Südtirol von anderen Regionen lernen können.

So wie wir es seit 2014 auch in Zusammenhang mit der Konzession für die Brennerautobahn getan haben. Trotz wiederholter Rückschläge konnten wir letztthin erreichen, dass die Brennerautobahn AG nun einen Vorschlag für die künftige Führung der Autobahn als Public-Private-Partnership-Projekt vorlegen kann. Damit sind wir zwar noch nicht ganz am Ziel, haben aber einen neuen Weg eröffnet, um eine Führung im Sinne der Südtiroler Interessen zu erreichen. Die Chance bleibt gewahrt, ein neues Kapitel für die Brennerautobahn und die betroffenen Gebiete aufzuschlagen. Wir möchten einen "Green Corridor" schaffen, indem wir verstärkt auf Digitalisierung, Verkehrslenkung und Wasserstoff setzen. Dadurch sollen die Emissionen reduziert und die Menschen, die an dieser Verkehrsachse leben, so weit wie möglich entlastet werden, in enger Abstimmung mit dem voranschreitenden Brennerbasistunnel-Projekt.

An dieser Stelle gäbe es für einige noch viel zu sagen. Für andere habe ich schon zu viel gesagt. Die Kunst, das rechte Maß zu treffen, besteht manchmal vielleicht einfach darin, einen Punkt zu machen. Deshalb nur noch dieser eine Gedanke: Unsere Autonomie-Geschichte hat uns gelehrt, dass es besonders nachhaltig ist, jeden Tag die Dinge ein klein wenig besser zu machen. Und dabei die Widersprüche auszuhalten, die immer

wieder auftreten und uns oft auch zweifeln lassen. Deshalb sollten wir uns auf unsere Handschlagqualitäten besinnen und eine klare Haltung an den Tag legen sowie Bereitschaft zum Kompromiss im Sinne des allgemeinen Interesses. Mit Vertrauen in unsere Autonomie und ihre Institutionen sowie der für Südtirol typischen Zuversicht bewältigen wir auch die größten Herausforderungen. Mit dieser Haltung wird Südtirol bald mitten auf dem Weg in die Zukunft sein, die einschneidende Veränderungen mit sich bringt. Wie diese Zukunft aussehen wird, haben wir zumindest zum Teil selbst in der Hand!

Mit dieser Haltung wird Südtirol bald mitten auf dem
Weg in die Zukunft sein, die einschneidende
Veränderungen mit sich bringt.

Danke für die Aufmerksamkeit! Ich freue mich auf eine konstruktive Debatte und eine hoffentlich gute Entscheidung zum vorliegenden Haushaltsvoranschlag.